

Solwodi will Bleiberecht für Zwangsprostituierte

Menschenhandel Aktionstag gegen Gewalt an Frauen

■ **Berlin/Boppard.** Die Bundesregierung hat einen Fünfpunkteplan gegen Gewalt an Frauen vorgestellt. Der Fokus richtet sich dabei auf Prävention in Afrika, aber auch auf den Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland. Es sei nicht zu akzeptieren, dass es auch in Deutschland „versklavte Frauen“ gebe, sagte Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU).

Die Gründerin der Hilfsorganisation Solidarität mit Frauen in Not (Solwodi), Ordensschwester Lea Ackermann, forderte gesicherte Aufenthaltstitel für ehemalige Zwangsprostituierte, die als Zeuginnen vor Gericht gegen Menschenhändler aussagen. Solwodi, betreibt in Deutschland Beratungsstellen und neun Schutzhäuser. Ihren Hauptsitz hat die Organisation in Boppard. Allein im vergangenen Jahr haben 2300 Frauen aus 104 Ländern bei Solwodi Hilfe gesucht. Zudem unterhält die Hilfsorganisation Beratungs- und Ausbildungszentren in Kenia, Ghana und Nigeria.

Müller stellte Ackermann Unterstützung in Aussicht. Diese solle vor allem Migrantinnen zugutekommen, die aus der Prostitution aussteigen und sich in ihren Heimatländern eine wirtschaftliche Existenz aufbauen wollten. In Ägypten, wo sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum weit verbrei-

tet ist, will die Bundesregierung in 40 Jugendzentren Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen finanzieren. Gleichzeitig sollen junge Männer dafür sensibilisiert werden, respektvoll mit Frauen umzugehen.

Die Schauspielerin Maria Furtwängler sagte, eine der Ursachen von Gewalt gegen Frauen sei die Art und Weise, wie Mädchen und Frauen in den Medien dargestellt würden. Selbst Berichte über Sexismus und sexuelle Gewalt würden häufig mit Bildern illustriert, die Frauen in erotischen Posen oder leicht bekleidet zeigten. Dies sei zuletzt wieder in der Affäre um den Filmproduzenten Harvey Weinstein deutlich geworden, die unter dem Hashtag #MeToo eine internationale Debatte ausgelöst hatte.

Am Samstag ist ein Aktionstag gegen Gewalt an Frauen. Dieser prangert Gewalt in der Familie, in Kriegen und auf der Flucht an. Der Protest richtet sich gegen Misshandlungen und Vergewaltigungen sowie Zwängehen und Zwangsprostitution. In Deutschland lassen Firmen, Rathäuser, Kirchen und Frauengruppen dann Fahnen wehen, auf denen die Worte „Frei Leben – ohne Gewalt“ zu sehen sind, die eine aufrechte Frauenfigur auf blauem Grund umrahmen. Die Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ hat die Fahnen entworfen.